

# NIEDERSÄCHSISCHE DIREKTORENVEREINIGUNG

DER VORSITZENDE

Göttingen, im Dezember 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Jahr geht zu Ende, das uns als Schulleiter in besonderer Weise gefordert hat. Immer deutlicher wird sichtbar, dass unsere Landesregierung mit dem eingeschlagenen bildungspolitischen Weg das gegliederte Schulsystem insgesamt zerstören möchte. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel! Dazu bekennen sich die Grünen in ihren Programmen ganz explizit, aber auch die SPD fordert seit langem eine gemeinsame Schule für alle Kinder: "Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse." (Hamburger Programm der SPD, 28.10 2007, S. 62) Im Moment klingt es verhaltener, aber dies ist nur Taktik. Die SPD nimmt da, wo sie sich vordergründig für das Gymnasium ausspricht, doch den Verlust gymnasialen Anspruchs in vieler Hinsicht in Kauf. So wird unsere Schulform von innen her aufgelöst. Die Schulgesetznovelle lässt das unmissverständlich erkennen, Sie können unsere Stellungnahme, die wir im Rahmen der öffentlichen Anhörung dazu abgegeben haben, auf unserer Homepage nachlesen.

Ein solch verdeckter Angriff wird begleitet von Maßnahmen, bei denen die Grundregeln arbeitsrechtlicher Fürsorge in keiner Weise beachtet werden. Wir erleben gerade als Folge der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung ohne jede Kompensation eine dauerhafte Erhöhung der Arbeitszeit sowohl für Lehrkräfte wie für Schulleitungen. Obwohl dadurch seit Beginn dieses Schuljahres alle Gymnasien über etwa ein Fünftel weniger Leitungszeit verfügen, wird erwartet, dass wir Aufgaben wie Inklusion, Führung von Girokonten und berufliches Eingliederungsmanagement zusätzlich umsetzen. Das ist unter den gegebenen Bedingungen innerhalb unserer Regelarbeitszeit nicht möglich. Der Vorstand hat daher einhellig beschlossen, einen solchen Zustand nicht länger hinzunehmen. Das von uns in Auftrag gegebene Arbeitszeitgutachten der Universität Göttingen liegt inzwischen vor. Es belegt nicht nur unsere Einschätzung permanenter Überbelastung, sondern sagt auch klar, dass wir aufgrund des Beamtenstatusgesetzes verpflichtet sind, dies dem Dienstvorgesetzten anzuzeigen und Abhilfe zu schaffen.

Wir planen die Arbeitszeitstudie am 14. Januar im Rahmen der Sitzung des Erweiterten Vorstands in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorzustellen. Auch auf unserer Jahreshauptversammlung, zu der Sie sich hoffentlich in großer Zahl anmelden, wird die Studie im Mittelpunkt stehen. Dort werden wir auch über weitere Maßnahmen beraten. Diese Aussicht mag die insgesamt wenig optimistisch stimmende Lage ein wenig aufhellen.

Ich danke Ihnen allen für vielfältige Unterstützung des Vorstands, die uns in den letzten Monaten immer wieder erreicht, uns ermutigt und in unserem Vorgehen bestätigt hat. Die NDV insgesamt kann nur so durchsetzungsfähig sein, wie es Einigkeit und Geschlossenheit ihrer Mitglieder ermöglichen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest, erholsame (!) Tage und ein gelingendes Jahr 2015!

Ihr

Wolfgang Schimpf